

Deutschland-Knetzgau: Dienstleistungen von Ingenieurbüros

OJ S 81/2023 25/04/2023

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Knetzgau vertreten durch den 1. Bürgermeister Herrn Stefan Paulus

Postanschrift: Am Rathaus 2

Ort: Knetzgau

NUTS-Code: DE267 Haßberge

Postleitzahl: 97478

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Herr Marco Depner Finanzverwaltung / Projektmanagement

E-Mail: depner@knetzgau.de

Telefon: +49 95277926

Fax: +49 95277943

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <https://www.knetzgau.de/>

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://evergabe.mainpost.de/Veroeffentlichung/av1dcab4-eu>

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://evergabe.mainpost.de/Veroeffentlichung/av1dcab4-eu>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:

Offizielle Bezeichnung: GK Projektmanagement

Postanschrift: Bismarckstraße 17

Ort: Kitzingen

NUTS-Code: DE268 Kitzingen

Postleitzahl: 97318

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Herr Michael Kunz

E-Mail: info@gk-projektmanagement.de

Telefon: +49 9321267293-0

Fax: +49 9321267293-19

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://www.gk-projektmanagement.de>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Sanierung Sportgebäude (Turnhallen und Schwimmhalle) Knetzgau Fachplanung Technische Ausrüstung, HLS + BWT – Ingenieurleistungen

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Die Gemeinde Knetzgau plant die Sanierung der Sportgebäude an der Hainerter Straße. Der Gebäudekomplex besteht aus einem Schwimmbad mit 1-fach Turnhalle sowie einer 2-fach Turnhalle einschl. Umkleidebereichen.

Das Schwimmbad und 1-fach Turnhalle wurden 1970 als Stahlbetonbau mit Sichtbetonfassade und Flachdach errichtet. 1990 erfolgte eine Erweiterung mit der 2-fach Turnhalle sowie dem Umkleidentrakt. Im Zuge einer Sanierung im Jahr 2001 wurden die Bereiche des Schwimmbades und der 1-fach Turnhalle sowie das Dach des Umkleidentraktes generalsaniert.

Beide Sporthallen sowie das Schwimmbad werden zu Unterrichts- und Vereinszwecken vom gesamten südlichen Landkreis Haßberge genutzt.

Die Bauausführung soll in einem Zug erfolgen. Wünschenswert ist eine Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes in den Turnhallen.

Durch die Sanierung soll das schulische und außerschulische Sportangebot der Gemeinde und des Landkreises erhalten und weitergeführt werden.

Fortsetzung unter II.2.4)

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

71322000 Technische Planungsleistungen im Tief- und Hochbau

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE267 Haßberge

Hauptort der Ausführung: Knetzgau

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Verfahrensgegenstand ist die Fachplanung Techn. Ausrüstung HLS (HOAI 2021 Teil 4, Abschn. 2, § 53 ff.):

- stufenweise Beauftragung der Grundleistg. LPH 3 bis 9 für die ALG 1+2+3+7+8
- vorerst nur Stufe 2, LPH 3+4 einschl. zugehöriger Besonderer Leistungen
- weitere Stufen gem. Vertragsmuster (nach HAV-KOM)

Bes. Leistungen:

- Beraten des AG und Mitwirken bei Förderverfahren (Stufe 2) sowie Mitwirken bzw. Zuarbeit zum Verwendungsnachweis (weitere Stufen); Die jeweilige Antragsstellung erfolgt durch den AG.

Die Planung und Überwachung der notw. Demontage-/Rückbauarbeiten sind Teil der ausgeschriebenen Leistung und durch den Fachplaner zu erbringen.

Die Beauftragung ist entsprechend der Bereitstellung der Förder- und Finanzmittel beabsichtigt. Ein Rechtsanspruch auf die Beauftragung, sowie die Beauftragung mit weiteren Stufen und Besonderen Leistungen, besteht nicht.

Durch Voruntersuchungen und im Rahmen einer Projektskizze für die Bewerbung für das Bundesförderprogramm SJK wurden bereits Planungsleistungen Objektplanung vergleichbar LPH 1+2 erbracht, allerdings sind noch Restleistungen aus LP 2 zu erbringen.

Die Einarbeitung, Prüfung und Bewertung der vorl. Vorplanung ist gem. § 8 HOAI zu vereinbaren.

Es wird davon ausgegangen, dass mit den im VgV vorgelegten Unterlagen und Informationen die Zielfindungsphase nach BGB abgeschlossen ist.

Die wesentlichen Informationen können den Vergabeunterlagen in Stufe 1 entnommen werden.

Weitere Unterlagen erhalten die ausgewählten Teilnehmer mit Einladung in Stufe 2.

Hinweis: Mit Inkrafttreten der Fassung der HOAI 2021, weisen die Honorartafeln Orientierungswerte aus.

Das Honorar richtet sich nach der Vereinbarung, die die Vertragsparteien in Textform treffen.

Der AG weist darauf hin, dass gemäß § 7 HOAI ein höheres oder niedrigeres Honorar als die in den Honorartafeln der HOAI festgelegten Orientierungswerte vereinbart werden kann.

Sofern keine Vereinbarung getroffen wurde, gilt für die Grundleistungen der jeweilige Basishonorarsatz als vereinbart.

Fortsetzung aus II.1.4)

Besonders Wert gelegt wird auf:

- Barrierefreiheit/Inklusion
- Wirtschaftliche/ressourcenschonende Bauweise/niedrige Betriebs-/Unterhaltskosten
- Nachhaltigkeit/Energieeffizient/Energetischer Standard/Energieeffizienzstandard 70 gem. BEG

Sportgebäude soll in Grundstruktur erhalten bleiben. Gesamte Haustechnik soll erneuert werden.

Dabei sind folgende Maßnahmen angedacht:

- Austausch von Teilen der Trink-/Abwasserinstallation, sowie erforderlicher Anlagenteile
- Umbau/Anpassung Abwassersystem an neue Gegebenheiten
- Demontage Wärmespeicher im Bestand + Ersatz durch neues Brauchwasserladesystem mit zugeh. Wärmetauschern
- Neuaufbau Heizverteiler
- Ersatz techn. veralteter Pumpen durch neue Hocheffizienzpumpen
- Neue Heizzentrale als Pelletsheizung im Außenbereich (Containerlösung an geeigneter Stelle direkt neben innenliegender HZ)
- Einbau Deckenstrahlplatten in 2-fach Turnhalle mit integr. LED-Beleuchtung
- Umbau (teilw. Ersatz) der Lüftungsanlagen im Bestand
- Demontage+Neuinstallation der technisch veralteten/ineffizienten Gebäudeautomation
- Anpassung Zuleitung Schwallwasserbehälter
- Deinstallation Grauwasserbehälter
- Rückbau UV- und Ultraschall-Anlage
- Einbau automatischer Armaturen zur Vermeidung von Stagnation und Legionellenbildung
- Umsetzung der Vorgaben einer vorliegenden Gefährdungsanalyse (Nov. 2017)

Die Kosten (KG 300+400+700) für die Sanierung werden vorläufig auf ca. 5,46 Mio. EUR brutto geschätzt. Anteil KG 400 liegt bei ca. 1,48 Mio. EUR brutto.

Das Bauvorhaben soll mit öffentl. Mitteln gefördert werden. (FAG)

Die Gemeinde Knetzgau hat sich erfolgreich für das Bundesförderprogramm beworben.

Terminvorschau:

- Zuschlag Bundesförderprogramm SJK im Dezember 2022 erteilt. Start nach Abschluss VgV
- Planungsphase 2023
- Vergabe Bauleistungen ab 01/2024
- Bauausführung in einem Zug 2024–2026
- Abschluss 2026

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Bürovorstellung / Gewichtung: 15

Qualitätskriterium - Name: Fachkunde und Qualifikation / Gewichtung: 35

Qualitätskriterium - Name: Projektabwicklung, Organisation, Qualitätssicherung, Dokumentation / Gewichtung: 20

Qualitätskriterium - Name: Methoden der Kosten- und Terminsteuerung / Gewichtung: 20

Qualitätskriterium - Name: Verfügbarkeit, Kapazitäten, Präsenz / Gewichtung: 20

Qualitätskriterium - Name: Gesamteindruck Präsentation / Eindruck verantwortl. Personen / Gewichtung: 25

Preis - Gewichtung: 25

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 30

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3 Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

- Befähigung zur Berufsausübung (Mindestkriterien / Formale Ausschlussgründe) nach III.1.1).
- Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit nach III.1.2) (max. Punktezahl: 10 Punkte).
- Berufliche Leistungsfähigkeit nach III.1.3a) (max. Punktezahl: 6 Punkte).
- Technische Leistungsfähigkeit nach III.1.3b) (max. Punktezahl: 108 Punkte).
- Besondere Technische Leistungsfähigkeit nach III.1.3c) (max. Punktezahl: 32 Punkte).
- Technische Ausstattung nach III.1.3d) (max. Punktezahl: 5 Punkte).

Die maximal zu erreichende Gesamt-Punktzahl ergibt sich aus der Summe der o. g. Kriterien zu insgesamt: 161 Punkten. Ein Muster der detaillierten Wertungsmatrix mit der Gewichtung dieser Auswahl- und der Unterkriterien ist den Vergabeunterlagen zu entnehmen. Im Übrigen gelten die Auswahl- und Ausschlusskriterien aus dieser Bekanntmachung.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Beauftragung der weiteren Leistungsphasen der Grundleistungen nach HOAI sowie ausgewählter Besonderer Leistungen nach II.2.4).

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Die unter II.2.7) angegebene Laufzeit ist geschätzt für den Zeitraum der LPH 3-8 nach HOAI und ist abhängig von der späteren tatsächlichen Leistungserbringung und baulichen Umsetzung. Die Laufzeit beinhaltet nicht die Dauer für den Anspruch auf Mängelbeseitigung nach § 13 VOB/B.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

- a) fristgerechter Eingang der Bewerbung über die vorgegebene Vergabeplattform des Auftraggebers § 53 VgV (Ausschlusskriterium),
- b) Wurde die Bewerbung digital auf der vorgegebenen Vergabeplattform (siehe I.3. Kommunikation) entsprechend den geforderten Mitteln (VgV §10) eingereicht? (Ausschlusskriterium)
- c) Erklärung, dass Ausschlussgründe nach § 123 und § 124 GWB nicht vorliegen, oder Einheitliche europäische Eigenerklärung (EEE) nach § 50 VgV (Ausschlusskriterium); weitere Informationen finden Sie unter: <https://eee.evergabe-online.de>
- d) Nachweis der Berufszulassung des Bewerbers nach § 44 VgV und § 75 VgV,
- e) Nachweis der Unterschriftsberechtigung bei juristischen Personen nach § 43 VgV,
- f) Erklärung, dass kein Interessenkonflikt nach § 6 VgV besteht,
- g) Erklärung, dass kein Bezug zu Personen, Organisationen oder Einrichtungen, denen die Auftragsvergabe nach Art. 1 Nr. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 vom 08.04.2022 (neuer Art. 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014) verboten ist, vorliegt. Ein entsprechendes Formblatt (Erklärung Russland-Bezug 127) für Eigenerklärungen kann den Vergabeunterlagen entnommen werden.
- h) Abgabe eines Firmen- oder Büroprofils mit Angabe zur Gründung, Gesellschaftsform, Eigentümer und evtl. Tochtergesellschaften und Standorten, Handelsregistrauszug mit Aussage ob das Unternehmen ein KMU ist?
- i) Will sich ein Bewerber (auch als Mitglied einer Bewerbergemeinschaft) auf die Leistungsfähigkeit Dritter (Nachunternehmer oder Freie MitarbeiterInnen) berufen § 36/46 VgV, so ist jeweils gesondert durch diese nachzuweisen:
 - i.1) Verpflichtungserklärung zur Eignungsleihe § 47 VgV,
 - i.2) Angabe welche Teile des Auftrags als Unterauftrag bearbeitet werden VgV § 46 (3) Nr. 10,
 - i.3) Erklärung zu / Erbringung der Nachweise der Unterpunkten c) bis h)
 - i.4) Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit nach III.1.2)
- j) Bei Bieter- oder Bewerbergemeinschaften nach § 43/53 VgV) sind je Mitglied anzugeben:
 - j.1) Namen der Partner mit Firmen- oder Büroprofil,
 - j.2) Erklärung zur Rechtsform,
 - j.3) Angabe der vollständigen Unternehmensbezeichnung durch jedes Mitglied,

- j.4) Benennung eines bevollmächtigten Vertreters der Bieter- oder Bewerbergemeinschaften,
- j.5) Erklärung der gesamtschuldnerischen Haftung durch jedes Mitglied,
- j.6) Organigramm zur Leistungserbringung,
- j.7) Erklärung zu / Erbringung der Nachweise der Unterpunkte c) bis h) durch jedes Mitglied,
- j.8) Nachweis der wirtschaftl. und finanziellen Leistungsfähigkeit nach III.1.2) durch jedes Mitglied.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

a) Der Bewerber muss zum Zeitpunkt der Bewerbung eine Berufshaftpflichtversicherung bei einem in der EU zugelassenen Versicherer nachweisen, deren Deckungssumme für Personenschäden mind. 1.500.000 EUR, für sonstige und Sachschäden mind. 1.500.000 EUR, beträgt.

Es sind mind. 2 Schadensfälle je Jahr abzudecken (2-fache Maximierung im Versicherungsjahr).

Eine projektbezogene Aufstockung im Auftragsfall kann akzeptiert werden, eine Bestätigung ist schriftlich vorzulegen / zu erklären. Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, dass beide Schadenskategorien im Auftragsfall parallel zueinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind.

b) Erklärung über den jährlichen Umsatz des Bewerbers der letzten 3 Geschäftsjahre in € brutto für die ausgeschriebene Dienstleistung (hier: Fachplanung Technische Ausrüstung HLS + BWT).

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

III.1.3.a.) Personelle Qualifikation / Berufliche Leistungsfähigkeit:

Angabe der Zahl der Beschäftigten des Bewerbers im jährlichen Mittel der letzten drei Jahre für die ausgeschriebene Dienstleistung (hier: Fachplanung Technische Ausrüstung getrennt HLS + BWT):

- Führungskräfte (einschl. Projektleiter/innen)
- sonstige fest angestellte Beschäftigte (ohne Führungskräfte, ohne Auszubildende)
- Angabe Name, Qualifikation: einer Projektverantwortlichen Person über die gesamte Projektdauer

Hinweis: Der/Die im Auftragsfall verantwortliche Projektleiter/in und Stellvertreter/in sind erst in Stufe 2 zu benennen. Nachweise über die Qualifikation, Berufserfahrung und Projektleitung bzw. Mitarbeit bei vergleichbaren Referenzen sind mit den Unterlagen der Stufe 2 einzureichen.

III.1.3.b.) Referenzen / Technische Leistungsfähigkeit:

Angabe / Beschreibung selbst erbrachter Leistungen bei insg. vier Referenzen die mit den Planungsanforderungen der Bauaufgabe vergleichbar sind:

2 Referenzen vgl. Turnhalle / Sporthalle

2 Referenzen vgl. Schwimmbad / Hallenbad – Badewassertechnik

je Referenz sind anzugeben:

- Projektname / kurze Projektbeschreibung in Wort / Bild
- Angabe der bearbeiteten Anlagengruppen (ALG) nach § 53 HOAI
- Erläuterung über die Vergleichbarkeit der Komplexität der Planungsanforderungen der Referenz mit der Aufgabenstellung
- Angabe ob Bauen im Bestand oder Neubau (siehe geforderte Mindeststandards)
- Angabe Zeitpunkt der Inbetriebnahme / Nutzungsaufnahme (siehe geforderte Mindeststandards)

- Angabe Bauherr (Anschrift, Name, Telefonnummer Ansprechpartner),
- Vertragsverhältnis zum Bauherrn (AG), z. B. direkter Vertragspartner, Mitglied einer ARGE, oder Nachunternehmer, etc.
- Projektleiter/in des Bewerbers,
- Angaben zur eigenen Honorierung (z.B. Einordnung nach HOAI Parameter bzw. Honorar in EUR) der selbst erbrachten Leistungen
- Angabe der Baukosten nach DIN 276 (2. Ebene) der jeweiligen ALG – mind. getrennt für Kostengruppe 410, 420, 430 bzw. 470 etc.
- Angabe der Projekttermine (z.B. Bearbeitungszeit, Planung, Bauausführung etc.)
- Angabe projektbezogener Kennzahlen (z.B. Fläche m², Volumen m³, etc.)
- Angabe der selbst erbrachten Leistungen (LPH nach HOAI) insb. bei noch nicht fertig gestellten Bauvorhaben mit Angabe des aktuellen Leistungsstandes entspr. den LPH der HOAI, bei Projekten in ARGE oder mit / als NU Angabe der selbst erbrachten Teilleistungen entspr. den LPH nach HOAI.

III.1.3.c.) Besondere technische Leistungsfähigkeit

Nennung und Beschreibung der besond. techn. Fähigkeiten bei je 2 Referenzen vergleichbarer Planungsanforderung zur Bauaufgabe nach zum Nachweis folgender Besonderen Qualifikationen / Erfahrungen:

- Erfahrung in der Planung und Bauausführung von Lüftungsanlagen in Schwimmhallen
 - Einbringen aktueller Gebäudetechnik in Bestandsgebäude (inkl. Gebäudeautomation ALG 8)
 - Wirtschaftliche Umsetzung von brandschutztechnischen Anforderungen im Bestand / Brandabschottungen / anlagentechnischer Brandschutz od. vergleichbar.
 - Kenntnisse und Erfahrungen in Förderverfahren, Verwaltungsvorschriften und sonst. Regelwerken (auf Landes- Bundes- EU- Ebene) bei vergleichbaren öffentlichen Bauvorhaben.
 - Erfahrung in der Zusammenarbeit mit öffentlichen Auftraggebern oder vergleichbar
- Bei III.1.3.c.) kann eine Referenz ein od. auch mehrere der geforderten Referenzkriterien erfüllen, die o.g. Angaben sind dann gesondert für das jeweils zutreffende Kriterium anzugeben.

III.1.3.d.) technische Leistungsfähigkeit - Ausstattung

Erklärung zur techn. Leistungsfähigkeit durch Angabe der Anzahl und Ausstattung, Geräte, fachtechnische Ausrüstung (insbes. Hard-/Software, Rechnerart etc).

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

- Gewertet werden Referenzen zu III.1.3b) und III.1.3c) nur wenn Inbetriebnahme ab/nach dem 01.01.2016 erfolgte.
- Mind. 1 Referenz zu III.1.3b. muss Bauen im Bestand sein.
- Die Vergleichbarkeit der Referenzen für III.1.3b) und III.1.3c) hinsichtlich Schwierigkeit, Größe und Umfang ist vom Bewerber zu belegen (Textbeschreibung / Bilder). Die bloße Benennung einer Projektbezeichnung ohne nähere Aussage ist nicht ausreichend.
- Laufende Bauvorhaben werden für die Leistungsphasen nach HOAI gewertet, die bereits vollständig abgeschlossen wurden.
- Bauabschnitte einer Gesamtmaßnahme werden als Einzelmaßnahme gewertet, wenn sie gesondert abgerechnet werden. Die geforderten Angaben dürfen dann nur diesen Bauabschnitt erfassen.
- Die vollen Punkte je Referenzobjekt (100 %) können nur erreicht werden, wenn alle geforderten Anlagengruppen (ALG) nach Definition § 53 HOAI nachweislich erbracht wurden.
- Wurden nur einzelne ALG nachweislich erbracht, erfolgt eine Wichtung gem. nachfolgendem Schlüssel: Referenz 1 + 2: ALG 1 = 30 %; ALG 2 = 55 %; ALG 3 = 15 % = 100 % Referenz 3 + 4: ALG 7 = 100 %

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen (Ingenieur/in) angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung (hier: Fachplanung Technische Ausrüstung HLS) verantwortlich sind.

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Gesetzliche Grundlagen bilden die Bestimmungen über den Werkvertrag nach BGB.

Die Beauftragung und Realisierung der geplanten Planungs- und Baumaßnahme sind in Zeit und Umfang von der Förderzusage und damit finanziellen Absicherung abhängig.

Der Vertrag wird nach dem HAV-KOM Vertragsmuster (Boorberg-Verlag) Ingenieurvertrag – Technische Ausrüstung - einschl. AVB und ZVB geschlossen.

Das Vertragsmuster kann den Vergabeunterlagen der Stufe 1 entnommen werden.

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.4. Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 25/05/2023 Ortszeit: 10:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Laufzeit in Monaten: 4 (ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote)

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

- a) Die vollständigen Vergabeunterlagen sind einsehbar und stehen zum kostenlosen Download unter der gewählten Vergabeplattform des AG bereit (siehe Kontaktadressen unter I. 3.)
- b) Enthalten die Teilnahmeunterlagen nach Auffassung des Bewerbers Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, so hat er unverzüglich die Vergabestelle vor dem Einreichungstermin in Textform darauf hinzuweisen.
- c) Die Bewerbungsunterlagen sind nach der in der Wertungsmatrix Stufe 1 vorgegebenen Reihenfolge und Nummerierung zu gliedern. Zur Bewertung ist eine schriftl. Aussage zu jedem Unterpunkt notwendig.
- d) Gesonderte Formulare (z.B. Teilhmeanträge) werden nicht ausgegeben bzw. sind nicht erforderlich.
- e) Es sind ausschließlich digitale Bewerbungsunterlagen zugelassen. Die Bewerbung ist elektronisch über die Vergabeplattform des AG fristgemäß einzureichen.
- f) Es werden ausschließlich nur Bewerbungen berücksichtigt, die fristgerecht über das Abgabe-Tool der eVergabeplattform eingereicht wurden. Abweichungen hiervon sind nicht zulässig.
- g) Die Unterlagen sind vollständig in dem in dieser Bekanntmachung veröffentlichten und geforderten Umfang einzureichen. Im Übrigen wird auf § 56 VgV verwiesen.
- h) Werden mehr Referenzen als gefordert eingereicht, erfolgt eine beliebige Auswahl durch die Vergabestelle. Die Bewerber werden hiermit ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Auswahl nicht danach erfolgt, dass eine höchstmögliche Punktzahl erzielt wird.
- i) Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen, und ist nach einer objektiven Auswahl, entsprechend der zugrunde gelegten Kriterien, die Anzahl der Bewerber die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden zu hoch, behält sich der Auftraggeber vor, die Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern gemäß §75 Abs. 6 VgV durch Los zu treffen.
- j) Bei weniger als 3 Bewerbern nach Eignungsprüfung in der 1. Stufe, behält sich der Auftraggeber vor, die 2. Stufe mit einer geringeren Anzahl durchzuführen.
- k) Es wurden bereits Planungsleistungen nach HOAI Fachplanung Technische Ausrüstung vergleichbar Leistungsphase 1 und 2 (Vorplanung mit Kostenschätzung) erbracht.
- l) Die wesentlichen Informationen können den Vergabeunterlagen in Stufe 1 entnommen werden.
- m) Die kompletten Unterlagen erhalten die ausgewählten Teilnehmer erst mit Einladung in Stufe 2.
- n) Datenschutzhinweis: Gem. DSGVO Art. 6 Abs. 1 b werden im Rahmen des Vergabeverfahrens zur Verfügung gestellte, auch Personenbezogene Informationen und Daten erfasst, organisiert, gespeichert, verwendet und gelöscht. Auftraggeber, Verfahrensbetreuer und weitere beteiligte Behörden verwenden diese Daten ausschließlich für dieses Verfahren und geben diese nicht an Dritte weiter. Nach Abschluss des Vergabeverfahrens, des Förder- und Rechnungsprüfungsverfahrens und nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist werden die Daten gelöscht. Weitere Auskünfte zum Datenschutz sind unter dem Link <https://www.knetzgau.de/index.php?id=23357> einsehbar.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Mittelfranken, Vergabekammer Nordbayern

Postanschrift: Promenade 27 (Schloss)
Ort: Ansbach
Postleitzahl: 91522
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer.nordbayern@reg-mfr.bayern.de
Telefon: +49 98153-1277
Fax: +49 98153-1837
Internet-Adresse: <http://www.regierung.mittelfranken.bayern.de>

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Ein Nachprüfungsantrag ist nach GWB § 160 (3) unzulässig, sofern:

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrages erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: wie VI.4.1.

Ort: Ansbach

Postleitzahl: 91522

Land: Deutschland

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

20/04/2023